

15 Jahrgang

Abg. Unterleitner (HSP.) begründet die Interpellation. Es handele sich hier nicht um die Tot eines Einzelnen, sondern um die Befragung eines politischen Systems. Garais habe die Funktionen des Geheimdienstes aufgedeckt. Er habe die Geheimzimmer, die Spindel und alle Mächte offen aufgedeckt, die mit der bayerischen Königsfamilie zusammenhängen. Redner greift die Regierung ab und den Weimarer Polizeipräsidenten auf das Schürste an und nennt die Kulturverbände in München eine Kulturschande. Föhner gehöre ins Zuchthaus. Redner protestiert gegen das Verbot des „Kampfs“ des neuen Kleingeldes und aus p...

Herrn v. Schwarzer (Bair. Volksp.) erhebt Einspruch dagegen, daß man den Bayern Verwidelung der Sitten vormwerfe, wo gerade hier im Hauslich Dinge abspielten, die doch nicht anders zu bezeichnen seien. (Widerspruch links.) Das Kellertreiben der Linken gegen Bayern, unterstützt von einer gewissen demokratischen Presse in Frankfurt und Berlin, habe wohl nur den Zweck, den Freisinn denkwürdig nach Bayern zu unterbinden. (Gelächter. — Als Abgeordneter Ledebour dem Redner erbärmliche Gejunung vormiist, wird er zur Ordnung gerufen.) Die Auffassung über Bayern im ganzen Volke ist eine ganz andere, als die Linke sich hier zum Ausdruck bringt. Wir verwahren uns dagegen, aus einer noch ganz ungeklärten Sache ein Hochverdreiben zu machen. Solange der Thier nicht besteht, hat niemand ein Recht, den Menschen als einen politischen auszumünzen. Jeder kann sich das Recht zurechnen, wie ihm paßt. Wo sich die beiden Vorredner über die Motive vorgebracht haben, waren nur Konstellationen. Auch der Reichstanzler hat die Grenze der gebotenen Zurückhaltung überschritten. Dagegen muß ich Verwahrung einlegen. Auch die Regierung muß die Zurückhaltung beobachten. Für die ganze Interpellation besteht jetzt noch kein Anlaß. Die einzig zutreffende Stelle sei die bayerische Regierung. Der Grenzstreit war jedenfalls nicht am Pische, noch weniger an der aufreizende Ton des Abgeordneten Unterfranken. Der Redner führt dann aus, daß man dem „Hiesigen Beobachter“ und dem „Miesbacher Anzeiger“ eine Bedeutung beimeße, die ihm nicht zukomme. Die beste Reklame für diese Blätter sei gerade

den Sozialisten gemacht. Der „Miesbacher Anzeiger“ ist ein Privatunternehmen und hat mit unserer Partei nichts zu tun. Angriffe gegen die Autorität der Reichsregierung, wie sie dort in der letzten Zeit erschienen, müssen freilich unterdrückt werden, aber das gilt noch mehr für die kommunistische Presse. Wenn die Kommunisten sich über den Reich entsetzen, so ist das elende Heuchelei. Der Ausnahmezustand kann nicht aufgehoben werden, solange die Kette und Thomas nach Bagern kommen, um verurteilende Reden zu halten.

Wieder eine Szene.

Abg. Reimle (Kommunist) ruft: Ein elender Verleumder sind Sie! — Präsident Lohde ruft den Abg. Reimle zur Ordnung. Dieser wiederholt zweimal denselben Satz, wird nochmals zur Ordnung gerufen, und als er wieder seinen Zuruf wiederholt, zweimal zum Verlassen des Saales aufgefordert. Als Reimle diese Aufforderung nicht nachkommt, verläßt gegen 3 1/2 Uhr Präsident Lohde die Sitzung bis auf weiteres.

Kurz nach 5 Uhr eröffnet der Präsident die vertagte Sitzung wieder mit der Feststellung, daß der Abg. Reimle im Saale nicht anwesend ist.

Darauf legt der Abg. Schwarzer seine Rede fort. Kleiner schließt die verabschiedete Tätigkeit der kommunistischen Abgeordneten. Ein Staat, der es nicht versteht, sich gegen solche Herausforderungen zu schützen, besitzt keine Autorität. Solange also diese Heuchelei nicht aufhöre, müsse auch der Ausnahmezustand bestehen bleiben. Einen Vorwurf könne man hieraus der bayerischen Regierung nicht machen. (Widerpruch links.) Der Umstand, daß zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratie noch heute in der Regierung tätig seien, sei der beste Beweis, daß die bayerische Regierung nichts gegen die Sozialdemokratie habe. Wir können nicht gezwungen werden, Männer von uns zu weissen, die wir als gute Bundesgenossen kennen gelernt haben. Das trifft auch für die Deutschnationalen zu, hindert uns aber nicht, uns nach rechts wie nach links die Arme auszubreiten. Mit Leuten, die Gewalttätigkeiten haben, wollen wir nichts zu tun haben. Die Einwohnerwehren werden gegen Ruffschützen von rechts genau so vorgehen, wie gegen links. Redner richtet an die Reichsregierung den Weg der Verständigung mit den Völkern zu suchen und sich nach Möglichkeit nicht in die Angelegenheiten der Länder einzumischen. (Bravo!)

Präsident Lohde schlägt Vertagung vor.

Abg. Schulz-Braunberg (Dn. Rp.) beantragt Weiterverhandlung, da seine Partei ein Interesse daran habe, auf die schweren Angriffe des Reichstanzlers zu antworten.

Abg. Hoffmann (Komm.) begreift die Beschränktheit des Hauses.

Präsident Lohde: Das Bureau schließt sich dem Antrage an. Ich vertage daher die Sitzung auf Freitag nachmittag 3 Uhr und betone, daß die verbleibende Zeit in der nächsten Woche wieder einberufen wird.

Aus der Freitag-Sitzung des Reichstages sei noch nachgetragen, daß Ministerialrat Adelman auf eine parteipolitische Anfrage wegen der Erschießung eines Arbeiters und eines Schutzmannes durch marokkanische Soldaten in Elchewier erklärt, daß der Reichskommissar bei der Rheinlandkommission vortrefflich geworden sei und daß der Reichsminister in Paris von der französischen Regierung Befragung der Täter und ausreichende materielle Sicherstellung der Hinterbliebenen gefordert habe. — Anfragen wegen der beschleunigten Errichtung eines französischen Spiritusmonopols im besetzten Gebiet beantwortete Ministerialdirektor Dehnbach. Er schloß die bisherigen Vorgänge und erklärte, daß die deutschen Vertretungen in London, Paris und Brüssel Auftrag erhalten hätten, gegen die Anordnungen der Rheinlandkommission nachdrücklich Einspruch zu erheben und die Wiederherstellung der Reichsmonopolverwaltung im besetzten Gebiet zu verlangen.

Der preussische Landtag vertagte sich am Freitag nach Fortsetzung der Debatte über den Justizhaushalt auf Donnerstag, den 20. Juni.

Reichstanzler Wirth über das Ultimatum.

Essen, 19. Juni. Der Reichstanzler hielt heute vormittag in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Rede:

Verehrte Versammlung, meine Damen und Herren! Besten Dank für die freundliche Begrüßung, Dank auch den lieben Sängern für die prächtigen Vorbietungen. Sie brachten Trost und Ermunterung zugleich, auszuweichen auf dem schweren dornigen Wege, der uns vorgezeichnet ist in der Erfüllung des Ultimatus, in der Erfüllung einer Friedensarbeit. Nur allein durch Arbeit können wir vorwärts schreiten zu jenem Lande der Sehnsucht, wo der Name Freiheit einen guten Klang hat. Ein Trost und eine Ermunterung ist es für mich, als derzeitiger Chef der Reichsregierung vor einer so tauglichen Versammlung von Männern, der Arbeit, des werktätigen Volkes heute zu sprechen.

Ich soll über das Ultimatum sprechen.

Ich werde Ihnen, meine Damen und Herren, aufrichtig und ehrlich, aber auch mutigen Herzens unsere derzeitige Lage schildern. Ich nehme auch jedes kritische Wort entgegen, wie ich mich nicht scheuen würde, da und dort ein Wort nichtparteilicher Kritik, aber allgemeiner Kritik in meine Rede einfließen zu lassen. Wir wollen ein Ultimatum erfüllen. Ein schweres Wort, das Wort Ultimatum. Das ist das Kennzeichen des heutigen Europas. Aber ist es erst seit kurzem so? Seit Jahren ist dieses Wort, das in sich Gewalt schließt, brisante Gewalt, das Zeichen des unglücklichen Europas. Gehen Sie um sieben Jahre zurück, da konnten Sie in das Jahr 1914. Dort stand auch am Beginn einer neuen Ära, die das Ende des Älteren für Millionen von Menschen bedeutete, dort stand auch ein Ultimatum. Es war das unglückliche Ultimatum an Serbien. Was hat es gebracht, jenes Machtwort? Tod und Verderben in der ganzen Welt, nicht nur über uns und nicht nur über bühnende Landstriche Frankreichs, Rußlands und anderer Länder, jenes Ultimatum war der Beginn

der Zerrüttung der ganzen Weltwirtschaft. Die Völker waren vor dem Kriege ineinander verschoben durch tausendfältige wirtschaftliche Beziehungen, jene Beziehungen, die die Wohlthat der Völker herbeiführten. Treibender Wohlstand auf der ganzen Erde und Teilnahme an den Genußgütern dieser Erde für weite Bevölkerungsschichten war das Zeichen der europäischen Kultur vor dem Kriege. Und da kam das Ultimatum und da kam das, was dahinter steht, die Auswirkung der brutalen Macht: der Krieg! Schauen Sie um sich im Osten und Westen, was hat der Krieg herbeigeführt? Millionen Gräber stehen auf den Schlachtfeldern, Jammer und Elend aller Art, und jetzt am Ende der Epoche dieser sieben Jahre steht wiederum ein Ultimatum. Das ist das Ultimatum von London, das an uns ergangen ist.

Wie hätten wir uns demgegenüber verhalten sollen, so schallt es uns von manchen Seiten entgegen. Die einen sagen, ihr hättet nein sagen sollen, andere sagen, es war richtig, daß ihr ja gesagt habt. Ich will mit niemandem rechten, der nein gesagt hat. Nur, meine Damen und Herren, was das Ja das letzte Wort, das auch die hätten sprechen müssen, die nein sagen wollten. Wir haben das Ja gesagt und haben es zu verantworten, und was das Ja bedeutet, das Ihnen auseinanderzusetzen, ist meine Pflicht und Schuldigkeit bei meinem heutigen Besuche in Essen. Ich achte und respektiere die Gefühle derer, die nicht ja gesagt haben. Aber, meine Damen und Herren, die Gefühlswelt aller ist nicht das letzte Wort in der Politik. (Sehr richtig.) In der Politik muß man abwägen und manchmal in Zurückdrängung von Gefühlen einen Weg gehen, der in klarer Berechnung vielleicht der einzig mögliche sein wird und sein kann, um wieder ins Freie zu kommen. Von Gefühlen sich leiten lassen ist nirgends schädlicher, als in der Politik. Die Mehrheit unseres Volkes aber war für ja. Die heute durch mich bei Ihnen vertretene Reichsregierung ist die Regierung der Befähigung, ist die Regierung der Erfüllung. Daß aber die Annahme des Ultimatus eine harte Entscheidung war, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Was schließt das alles für Aufgaben in sich, Aufgaben, die wir zunächst erfüllen können, wenn wir nur wollen, und Aufgaben, deren Erfüllungsmöglichkeit nicht anders erwiesen werden kann, als durch die Anspannung aller Kräfte im Sinne positiver Leistung.

Was können wir erfüllen?

Die Abgabe der Waffen und die Auflösung gemischter Wehren, das können wir erfüllen. Es mag schwerlich sein für den oder jenen Patrioten im Deutschen Reich, für einzelne Landsknechte in Deutschland, denken Sie an Bayern, die Waffen abzugeben. Ich glaube aber, wir sind so weit, daß wir auch bezüglich Bayerns sagen können, auch diejenigen, denen es im Innern zuwider war, diesen Schritt zu gehen, werden ihn gehen und sind ihn voll zu tun. Ich bin aber überzeugt, daß auch diese zweite Forderung in Kürze erfüllt sein wird. Auch die Übergabe der Waffen im Osten war ein unendlich schweres Opfer. Wir haben es gebracht für das Vaterland. Ich weiß, was es heißt, ein mehrheitlich politisch zu führen. Ich weiß, was es heißt, wenn in einem Volke in den Zeiten der Not nicht eine wirklich feste Einheit geschaffen werden kann, die auch schließlich unter dem Aufgebot von Macht die Grenzen des Vaterlandes verteidigen kann. Es ist ein schwerer Gedanke, an der Spitze eines mehrheitlich Volkes zu stehen, aber trotzdem, wir werden diesen dornigen schweren Weg gehen, um eine aufrichtige Politik, an der niemand zweifeln kann, vor der ganzen Welt zu beweisen. (Beifall.) Wir haben das Ja gesprochen, und warum? Ich wiederhole es immer wieder und gerade hier im Ruhrgebiet, hier im Zentrum der großen schaffenden Stätten, gerade hier wiederhole ich es: Wir haben das Ja gesprochen der deutschen Einheit wegen und der deutschen Freiheit wegen. (Bravo.) Die deutsche Einheit ist ein hohes Gut. Was haben wir denn überhaupt gerettet aus dem ungeheuersten Zusammenbruch eines Volkes, eines Staates und einer Weltmacht, den die ganze Geschichte der Welt kennt? Die Einheit unseres Volkes und unserer Wirtschaft und die Freiheit der Arbeit insofern, als wir bei allen Völkern doch die Möglichkeit haben, selbst die Arbeit zu bestimmen, als wir die Möglichkeit haben, überhaupt zu schaffen. Denn was sollte werden, wenn die Kohlen, das Brot der Industrie, unserer Verfügung entzogen worden wären? Arbeitslosigkeit ohne gleichen wäre die Folge.

Die Annahme des Ultimatus läßt uns die Möglichkeit der Eigengestaltung unseres sozialen Lebens. Wir können selbst bestimmen die Art der Teilnahme des Arbeitnehmers an der Entwicklung unserer materiellen Kultur, die Art, wie wir soziale Gedanken einfließen lassen wollen in den kommenden Entwicklungsprozess, mit einem Wort, die geistige soziale Freiheit haben wir für die Volksgenossen durch das Jawort gerettet. (Beifall.) Ich weiß nicht, ob man heute allerorts einfließt, was es heißt, unter Zwang zu arbeiten. Welche Damen und Herren! Schauen Sie hinüber nach dem anderen Rheinufer, nach den Städten, die unter der Konfiskation leiden. Was auch der Druck schließlich da und dort nicht allzu groß sein, an anderen Orten ist er schwer. Mir ist eine Stadt genannt worden, wo seit sieben Wochen nicht eine einzige Schulkunde gegeben werden konnte wegen des großen Aufmarsches alliierter militärischer Kräfte. Was man das da und dort gering einschätzen, allein aus den Stämmen, die an mich kommen, ersehe ich,

wie gewaltig die Not wächst unter den wirtschaftlichen Sanktionen.

sehe ich, welche eine Not erst hätte kommen müssen für das gesamte Ruhrgebiet, Rheinland und Westfalen wenn Sie, meine Damen und Herren, an der Arbeitsstätte unter dem Zwang feindlicher Bajonette das Ultimatum hätten erfüllen müssen, was wir jetzt, wenn wir uns anstrengen, in Freiheit zu erfüllen suchen werden. Ich sage, das Jawort war notwendig, um die Einheit zu retten. Das Ruhrrevier ist das wirtschaftliche Herz unseres deutschen Vaterlandes, die Kohle und das Eisen, und ich glaube, die Gegner hätten das ganze deutsche Volk mit einem einzigen Hebel im Ruhrgebiet beeinflussen können. Welche Preise müßten wir dann für Kohlen zahlen? Und sollten die Kohlen in der Hand von Chauvinisten nicht ein Vordringen zur Sprengung der deutschen Einheit werden? Als Süddeutscher freue ich mich, gerade hier in Essen sagen zu können:

Wie in Süddeutschland denken bei aller Wahrung unserer Eigenart nie und nimmer daran, uns von unseren norddeutschen Brüdern zu trennen.

(Beifall.) Niemals wird ein solcher die Hand dazu bieten, das große Erbgut einer großen Vergangenheit, die Einheit unseres Vaterlandes, aufs Spiel zu setzen. (Beifall.) Wenn die politischen Würfel fallen, werde ich, der ich auf meinem Platte heute an besorgter Verantwortungsvoller Stelle stehe, jederzeit dazu die Hand bieten, die deutschen Stämme und die deutschen Länder einander näher zu bringen und sie zu einer unter voller Wahrung ihrer Eigenart. In der Not wollen wir erst recht sein ein einzig Volk von Brüdern. (Lebhafter Beifall.)

Ich meine, gerade in Ihrer Mitte muß das Verständnis finden, wenn ich sage, in großen Fragen, in der Führung der Gesamtpolitik muß Einheit sein. In der großen Gestaltung des Wirtschaftslebens, in der Frage des Rechts und der Freiheit der Arbeiterwelt, da muß Einheit sein in Deutschland, um dem Gedanken des schrankenlosen Kapitalismus zu wehren. In den großen Gedanken der sozialen Wohlfahrt und des Fortschritts muß Einheit sein in unserem deutschen Vaterlande. Aber in den Fragen der Verwaltung des gemeindlichen Lebens und in der Ausgestaltung der Gemeinden und Länder, in Kulturfragen und in den Fragen, wo appelliert wird an das Gewissen des Einzelnen, da müssen wir den Völkern und Stämmen die Freiheit geben, ohne die sie verkümmern müßten; eine Freiheit, die größer sein kann als die, wie es früher der Fall war.

Wir haben das Ultimatum angenommen, um dieses köstliche Gut der Einheit, das reichste Mannigfaltigkeit in sich schließt, um diese Einheit zu retten.

Ist uns diese Rettung gelungen? Ich weiß noch nicht, ob sie in allem gelungen ist. Ich weiß auch nicht, ob es uns gelungen ist, den letzten Rest jener deutschen Lande in diese Einheit zu schließen, wo der Sturm, der Bürgerkrieg tobt. Aber auch für diese Frage hat die Annahme des Ultimatus eine große und gewaltige Bedeutung. Glaubt denn jemand unter Ihnen, daß, wenn die Franzosen das Ruhrgebiet besetzt hätten, wenn sie vorgezogen hätten bis Hamm, daß gleichzeitig die Polen in Oberschlesien sich begnügt hätten nur mit dem Raube, den sie jetzt zur Stunde noch in Händen haben. Oberschlesien und die Annahme des Ultimatus haben einen inneren Zusammenhang insofern, als durch die Annahme des Ultimatus der Weg frei wurde zur nachdrücklichen Betonung unseres Rechts, das auf den Bestimmungen des Friedensvertrages beruht. Will man in Europa eine neue friedliche Entwicklung, will man ernstlich in Deutschland eine friedliche Demokratie und eine demokratische Republik, so muß die ganze Welt in Oberschlesien ein ehrliches und aufrichtiges Spiel mit dem deutschen Volke treiben. (Sehr richtig.) Es sind wahrhaftig kümmerliche Reste von Recht, die man uns gegeben hat im Friedensvertrag von Versailles. Was verlangen wir denn in Oberschlesien? Verlangen wir etwa, daß man den Deutschen dort das Land zurückgibt allein auf das Verlangen der Berliner Zentralkommission hin, ist es etwa nur das Verlangen der jetzigen Reichsregierung? Nein, wir verlangen Oberschlesien als Ausdruck des demokratischen Willens der dortigen Bevölkerung. Glaubt jemand in Europa, glaubt jemand in England, in Frankreich, daß einer von den alliierten Nachbarn an diesen Fleckchen vorbeiziehen darf? Die Wunde würde sich ins europäische Leben hineinschleichen, wenn der Gedanke der demokratischen Freiheit und der Selbstbestimmung verlegt würde; ein Brandherd für ein ganzes Jahrhundert müßte aus

Oberschlesien

hervortreten, wenn die Rechte der dortigen Deutschen tödlich verletzt würden. Wer es also ernst meint mit der Entwicklung Europas, wer es ernst gemeint hat mit dem Gedanken der Freiheit und dem Gedanken der Demokratie, der muß die Zustimmung in Oberschlesien achten, sonst bereitet sich eine neue europäische Katastrophe vor.

Europa kann eine zweite große Katastrophe ohne Zusammenbruch der Kultur nicht mehr überleben.

Ich glaube, der Gedanke, daß hinsichtlich Oberschlesiens ein laies Spiel getrieben werden muß, hat bereits in der Welt Wurzel gefaßt. Warum zögert man denn? Die politischen Würstchen haben nicht nur das Recht Deutschlands angegriffen, sie haben die Alliierten selbst angegriffen. Darum rufen wir es hinaus in alle Länder: Es würde für die alliierten Mächte ein verhängnisvolles Zeichen

sein, wenn sie dem Gedanken des Rechts und des Friedensvertrages nicht reich und bald endgültig zum Siege verhelfen würden. (Beifall.) Die Sache ist gewiß in Bewegung, das Ende leider nicht absehbar. Eine unermeßliche Enttäuschung hat dort die deutsche Bevölkerung erlebt. Besten nach erzählte mir ein Flüchtling, wie die Deutschen zu Tausenden über die Grenze strömen, um in ihrem deutschen Vaterland das Leben zu retten. Ist das der Neuaufbau Europas, nachdem sich alle Völker lehnen, wenn ein kleiner Diktator nicht zurückgehen will vor den Millionen Bajonetten, die die Alliierten zur Verfügung haben? (Sehr gut.) Je mehr die Diktatur eines Korsan sich dort ausbreitet, je schwächer die alliierten Regierungen sich gebärden, umso fester werden wir den Ruf erheben, daß das deutsche Volk ein Recht darauf hat, sofern es an der Erfüllung des Ultimatus arbeitet, ehrlich und unabhängig behandelt zu werden. (Beifall.)

Nun zu den Reparationen.

Wir sollen zwei Milliarden als feste Annuität pro Jahr zahlen. Wir sollen 25 Prozent der Ausfuhr bezahlen, und wir sollen dreizehn dazu die Verhaftungskosten tragen. Die letztere Summe ist die unproduktivste. Sie trägt nicht bei zum Wiederaufbau, sondern schwächt unsere Leistungsfähigkeit genau wie die Sanktionen. Sie sind ein Hemmschuh für den Handel und damit auch für unsere Leistungen aus dem Friedensvertrag. Wer in Europa Frieden, Ruhe, Wohlfahrt und Aufbau für alle will, der muß dem Gedanken schnell näher treten, unproduktive Ausgaben des Militarismus auf ein Minimum zu reduzieren. (Sehr richtig.) Der Ruf geht hinaus an die Arbeiter aller Länder: Sorgt überall dafür in demokratischem Geist, daß das, was Deutschland zahlt, nicht zu unnötigen Ausgaben verwendet wird, sondern daß es vernünftig bei dem zum wahren Segen für die wertvolle Bevölkerung der ganzen mitleidenden Welt. (Beifall.) In diesem Sinne glaube ich auch, daß eine große Arbeitsbewegung aller Länder Europas und der ganzen Welt von Segen für alle sein wird, dienen sie nach ihren Idealen der großen Arbeiterbewegung, nach ihren politischen und kulturellen Anschauungen, dienen sie dem großen Gedanken der Gemeinschaft, im Kleinen wie im Großen, schließen sie sich zu Verbänden zusammen, wo sie können, alle, die sie arbeiten mit Kopf und Hand. Der Mensch muß sich an den Menschen reihen, und allein durch die Liebe, daß er sich einer großen Gemeinschaft unterwirft, allein durch den Zusammenstoß können wir alle groß, frei und mächtig werden. Und der Gedanke der Gemeinschaft, der wird auch die Grenzen unseres Vaterlandes überschreiten. Sehen Sie, vom ersten Tage, wo wir die neue Regierung gebildet haben, war es mein eifrigstes Bestreben, Männer zu finden, die den Gedanken der Solidarität und der gemeinsamen Arbeit auch in den Alliierten hinübertragen. Ich habe für das Ministerium des Wiederaufbaus, wie Sie wissen, einen Mann gefunden, der im Kriege eine große organisatorische Leistung vollbracht hatte, Herr Dr. Rathenau, der im Kriege dazu beigetragen hatte, daß wir durch die Organisation der Kohlenwerke den Krieg solange fortsetzen konnten, ohne vorher erschöpfend zusammenzubrechen. Alle die, die im Kriege an der großen Organisation gearbeitet haben, alle die brauchen wir wieder. Wägen Sie eine Parteiliche haben, wie sie wollen; wir rufen sie wieder auf, mit uns die große Organisation wieder aufzurichten, die den Wiederaufbau Europas ermöglicht. Dabei kommt es nicht darauf an, wo ein solcher Mann herkommt.

Sollen wir doch alle Oeden persönlicher Bekämpfung weg.

Was ist denn das für eine Art, jeden Tag einen Mann, der in irgend einer verantwortungsvollen Position steht, in den Kreis hinunter zu ziehen, nach's Besser ihr Vorgesetzter und sammelt eure Scharen. Kommt in den Reichstag, treibt Opposition. Kritisiert auch erbarungslos. Aber alle müssen sich die Herrschaften, die sich in der Opposition befinden, gesagt sein lassen.

Im neuen Deutschland bedeutet Opposition die Bereitwilligkeit, an dem Tag, wo die Regierung zurücktritt, selbst die Geschäfte zu übernehmen.

(Sehr richtig.) Das ist wahr: Opposition, aber nicht jene Opposition, die nur meint, daß sie zurückbleibt und kritisiert und über die ihren Hohn ausgießt, die der heutigen Republik dienen — und ich bleibe der Republik nicht nur mit der Hand, sondern auch mit dem Herzen. (Bravo!) — Die zurückbleibt und nur sagt, daß wir Stümper seien. Wir sind auf ein Krümmersfuß berufen worden u. wir haben versucht, auf diesem Lämmerfeld Ordnung zu schaffen. Und das ist uns teilweise gelungen. In einer freien demokratischen Republik werden wir die feste Hand an und wir werden auch nicht davor zurückweichen, in diesem Falle der Verständigung und der Verständigung zu folgen, und den Mut zu haben, von unseren Freunden die allgrößten Opfer zu verlangen.

Es liegt ein neues Deutschland vor uns.

Nicht zurückbleiben wollen und Steine werfen wollen wir auf eine glänzende und gewaltige Geschichte. Lassen wir die alten Gestalten. Sie sind in ihrem Glanze verblüht. Die Politik schreitet vorwärts. Sie schaut aufwärts und geht zur männlichen Tat über. Ueberläßt sie den Geschickten, die Kritikwerte über die vergangenen Zeiten zu schreiben. Schauen Sie das neue Deutschland an und vergleichen Sie es mit dem alten; schauen Sie die alte Verfassung an und vergleichen Sie sie mit der neuen. Was steht dort in der alten Verfassung? Die Könige von Württemberg, Bayern und Preußen hatten sich die Hand zum ewigen Bund gereicht, das war der Gedanke des alten Reiches, des Bundes

